

1 **Umwelt**

2

3 Der Schutz und die Bewahrung der natürlichen Schöpfung erhält unsere elementare Lebensgrundlage
4 und ist Teil unserer Verantwortung für künftige Generationen. Umweltschutz ist für uns eine Investi-
5 tion in Lebensqualität, auf die alle Menschen einen Anspruch haben.

6 **Nachhaltigkeit**

7 Die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung ist grundlegendes Ziel und Maßstab unseres Regie-
8 rungshandelns. Dies gilt insbesondere für eine Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung der
9 Vereinten Nationen. Wir werden uns für eine Stärkung der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie
10 einsetzen. Wir verstärken die Nachhaltigkeitsziele und setzen sie mit Maßnahmen um, wie etwa im
11 öffentlichen Beschaffungswesen. Wir wollen „Bildung zur Nachhaltigkeit“ in allen Bildungsbereichen
12 stärker verankern. Wir beziehen die Ergebnisse der Enquêtekommision „Wachstum, Wohlstand,
13 Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages ein. Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Ent-
14 wicklung wird erneut eingesetzt und in seiner Funktion gestärkt. Die ressortübergreifende Koordinie-
15 rung wird ausgebaut. Im Subventionsbericht der Bundesregierung werden wir stärker überprüfen, ob
16 die Maßnahmen nachhaltig sind.

17 **Umwelt und Wirtschaft**

18 Innovationen im Umwelt- und Klimaschutz sowie Ressourceneffizienz bieten Wachstumschancen.
19 [Wir starten eine „Exportinitiative für Umwelttechnologien“.] Wir zeigen neue Berufs- und Qualifika-
20 tionsanforderungen auch im Rahmen der dualen Ausbildung auf. Wir erarbeiten ein integriertes um-
21 fassendes Umweltprogramm der Bundesregierung mit der Perspektive 2030, das langfristige Ziele
22 und Schwerpunkte formuliert. Um die Innovations- und Umweltpolitik ressortübergreifend zu ver-
23 zehnen, entwickelt die Bundesregierung den „Masterplan Umwelttechnologien“ fort und stellt einen
24 Aktionsplan für Öko-Innovationen auf, der den Eco-Innovation Action Plan der EU national unterlegt.

25 **Naturschutz und biologische Vielfalt**

26 Wir wollen den Naturreichtum und die Artenvielfalt unserer Heimat bewahren. Wir werden die nati-
27 onale Biodiversitätsstrategie umsetzen. [Wir werden das Nationale Naturerbe um mindestens 30.000
28 ha erweitern und hierfür Flächen, die aus der militärischen Nutzung genommen werden, von der
29 Privatisierung ausnehmen und an interessierte Länder, Umweltverbände oder -stiftungen übertra-
30 gen.] Damit wollen wir auch dem „2%-Wildnis-Ziel“ bis 2020 bzw. dem „5%-Ziel-natürliche Wald-
31 entwicklung“ näher kommen. [Hierfür wird eine neue Finanzierungsbasis geschaffen. Wir stärken das
32 „Bundesprogramm Wiedervernetzung“ und stocken die Mittel, die im Rahmen von Bau, Unterhal-
33 tung und Betrieb von Bundesfernstraßen in den Bau von Grünbrücken investiert werden, auf. Das
34 Förderprogramm „Bundesprogramm Biologische Vielfalt“ bauen wir aus.] Wir werden uns für eine
35 „Alpenstrategie“ einsetzen. Das Nagoya-Protokoll wird schnellstmöglich ratifiziert und umgesetzt.
36 [Die Zusagen zum internationalen Biodiversitätsschutz halten wir ein und setzen uns international für
37 weitere Aufstockungen ein. Wir treten für Schutz, Erhalt sowie Wiederaufbau von Wäldern und
38 Waldstrukturen sowie für eine damit verbundene Waldfinanzierung ein.] Den REDD+ Mechanismus
39 der Klimarahmenkonvention entwickeln wir weiter. [Wir verbessern den Wildtierschutz und gehen
40 gegen Wilderei sowie den illegalen Wildtierhandel und deren Produkte vor;] Handel mit und private
41 Haltung von exotischen und Wildtieren regeln wir bundeseinheitlich. Import von Wildfängen soll
42 grundsätzlich verboten und gewerbliche Tierbörsen für exotische Tiere untersagt werden. Wir sorgen
43 gemeinsam mit anderen Staaten für einen besseren Vogelschutz entlang der Zugrouten.

44 **Bodenschutz**

45 „Gebrauchen aber nicht verbrauchen“ ist unser Prinzip beim Umgang mit der begrenzten Ressource
46 Boden. Die Flächeninanspruchnahme wollen wir bundesweit auf höchstens 30 ha pro Tag bis 2020
47 begrenzen. Hierfür begleiten wir den Modellversuch zum Handel mit Flächenzertifikaten, entwickeln
48 Planungsinstrumente weiter und achten auf Demografiefestigkeit. Wir streben eine Novelle des

49 Bergrechts unter dem Aspekt des Gewässerschutzes und die Grundlagen für eine unterirdische
50 Raumplanung an.

51 **SPD: Wir wollen den Schutz der Böden auf EU-Ebene voranbringen.**

52 **CDU/CSU: Ablehnung der Forderung.**

53 **Hochwasserschutz**

54 Wir müssen den Flüssen wieder mehr Raum geben. Das nationale Hochwasserschutzprogramm trei-
55 ben wir voran, berücksichtigen die Chancen der Entwicklung von Flussauen unter Naturschutzaspek-
56 ten und sorgen für einen fairen Ausgleich mit Interessen der Landwirtschaft.

57 Wir werden bis Ende 2014 mit den Bundesländern ein Nationales Hochwasserschutzprogramm unter
58 Koordinierung des Bundes erarbeiten. Schwerpunkt sind überregionale Maßnahmen für präventiven
59 Hochwasserschutz. [Es wird ein Sonderrahmenplan „Präventiver Hochwasserschutz“ aufgelegt.] Die
60 Rahmenbedingungen für eine Elementarschadensversicherung werden geprüft. [Wir legen ein Bun-
61 desprogramm „Blaues Band“ auf, um die Renaturierung von Fließgewässern und Auen zu fördern,]
62 und ein „Bundeskonzzept Grüne Infrastruktur“ als Entscheidungsgrundlage für Planungen des Bundes
63 vor.

64 **Wasser**

65 Wir verstärken den Schutz der Gewässer vor Nährstoffeinträgen sowie Schadstoffen und gestalten
66 rechtliche Grundlagen so, dass Fehlentwicklungen korrigiert werden. Wir werden aus der Klär-
67 schlammausbringung zu Düngezwecken aussteigen. Das setzt die Rückgewinnung von Phosphor und
68 anderen Nährstoffen voraus. Die bundeseinheitliche Regelung des Umgangs mit wassergefährden-
69 den Stoffen setzen wir zügig um.

70 Wir setzen uns für ein Schutzgebietsnetz für Hochseegebiete und für Verhandlungen zu einem inter-
71 nationalen Durchführungsübereinkommen ein. Wir setzen die EU-Meeresstrategierahmenrichtlinie
72 um und wollen den guten Umweltzustand in den deutschen Meeresgewässern bis spätestens 2020
73 erreichen. Dazu gehört die Ausweisung von Schutzgebieten, die Bekämpfung der Überfischung, klare
74 Regeln für Tiefseebergbau und Öl- oder Gasförderung aus großen Tiefen. Wir verankern für die zehn
75 Natura-2000-Gebiete in der deutschen AWZ ein Fischereimanagement, um die Schutzziele zu errei-
76 chen. Wir unterstützen die EU-Kommission beim Kampf gegen die Vermüllung der Meere, insbeson-
77 dere durch Plastikeinträge. Wir unterstützen die Einrichtung von Schutzgebieten in Arktis und Ant-
78 arktis. Die Haftungsregeln zum Antarktis-Umweltschutzprotokoll ratifizieren wir und setzen sie inner-
79 staatlich um.

80 **Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft**

81 Ressourceneffizienz ist aus ökonomischen, ökologischen und sozialen Gründen unabdingbar. Wir
82 wollen die beschlossene Verdopplung der Rohstoffproduktivität bis 2020 gegenüber 1994 erreichen.
83 [Deshalb entwickeln wir das Deutsche Ressourceneffizienzprogramm weiter, etablieren eine Platt-
84 form für Ressourceneffizienz und bauen das VDI Zentrum für Ressourceneffizienz zu einer „Agentur
85 für Ressourceneffizienz“ aus.]

86 Wir entwickeln die Kreislaufwirtschaft zu einem effizienten Instrument einer nachhaltigen Stoff-
87 stromwirtschaft. Wir schaffen rechtliche Grundlagen zur Einführung der gemeinsamen haushaltsna-
88 hen Wertstoffeffassung für Verpackungen und andere Wertstoffe. Anspruchsvolle Recyclingquoten,
89 Wettbewerb und Produktverantwortung werden wir als Eckpunkte einer modernen Kreislaufwirt-
90 schaft festigen. Wir setzen die Europäische Elektroaltgeräte richtlinie zügig in nationales Recht um,
91 erhöhen Sammelmengen von Elektro- und Elektronikschrott, bauen Rücknahmesysteme für wieder-
92 verwendbare Produkte aus und erleichtern die Rückgabe von Gebrauchsgütern. Beim Recycling von
93 Produkten der Informations- und Kommunikationstechnik sind Datensicherheit und -schutz zu ge-
94 währleisten. Zur Eindämmung der illegalen Ausfuhr von Elektroschrott erfolgt eine Beweislastum-
95 kehr. Künftig muss der Exporteur nachweisen, dass es sich nicht um Abfälle handelt.

96 **Umwelt und Gesundheit**

97 Wir werden dem Themenfeld Umwelt und Gesundheit besondere Aufmerksamkeit widmen. Wir wol-
98 len die Lärmbelästigung reduzieren. Denn Lärm ist auch gesundheitsschädlich. Das freiwillige Lärm-
99 sanierungsprogramm für Bestandsstrecken bauen wir aus und sichern es rechtlich ab. Der Gesamt-
100 lärm von Straße und Schiene muss als Grundlage für Lärmschutzmaßnahmen herangezogen werden.
101 Der Stand der Technik zur Geräuschminderung muss konsequenter in die Praxis eingeführt werden.
102 Dazu werden wir verkehrsrechtliche Instrumente weiterentwickeln sowie Anreize setzen. Den Schie-
103 nenlärm wollen wir bis 2020 deutschlandweit halbieren. Ab diesem Zeitpunkt sollen laute Güterwa-
104 gons auf dem deutschen Schienennetz nicht mehr fahren dürfen. Wir werden den Stand der Umrüs-
105 tung 2016 evaluieren. Die Umrüstung von Güterwagons auf „Flüsterbremsen“ im Rahmen der lärm-
106 abhängigen Trassenpreise wird forciert [und rechtlich abgesichert. Zusammen mit gespreizten Tras-
107 senpreisen wird die Umrüstung mit Finanzmitteln aus dem lärmabhängigen Trassenpreisaufkommen
108 und dem Bundeshaushalt gefördert und die Förderung degressiv ausgestaltet.] Zur Verringerung des
109 Bahnlärms führen wir ein Bahnlärm-Monitoring ein.

110 Wir wollen den Schutz vor Fluglärm verbessern. Wir erreichen das u.a. durch nach Lärm gestaffelte
111 Flughafengebühren und ein nationales Flughafenkonzept mit räumlicher Steuerung von An- und Ab-
112 flügen. Lärmbedingte Betriebsbeschränkungen sind im Luftverkehrsrecht so zu regeln, dass im Einzel-
113 fall eine angemessene Abwägung aller Belange stattfindet. Bei Festlegung von Flugverfahren und
114 Flugverkehrskontrollfreigaben verbessern wir den Lärmschutz insbesondere in den Nachtstunden.
115 Wir schaffen verbesserte Transparenz und Beteiligung der Kommunen und Öffentlichkeit bei der
116 Festlegung von Flugrouten. Lärm- und Schadstoffminderungsziele sollen insbesondere auch durch
117 technische Innovationen im Luftverkehr erreicht werden.

118 **SPD: Wir werden die steuerliche Begünstigung von Flugbenzin bei Verwendung im Inland beenden.**

119 **CDU/CSU: Ablehnung der Forderung.**

120 Wir wollen die Luftqualität verbessern, Schadstoffe bereits an der Quelle mit innovativen Techniken
121 reduzieren [und dazu die Umrüstung mit Rußpartikelfiltern für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge weiter
122 fördern.]

123 Substanzen, die ein Risiko für Mensch und Umwelt darstellen, wollen wir in allen Verpackungsmi-
124 teln, Kleidung und Alltagsprodukten so weit wie möglich vermeiden. Wir wollen zu einem nachhalti-
125 gen globalen Chemikalienmanagement beitragen.

126 Wir sorgen dafür, dass Stoffe bzw. Stoffgruppen wie endokrine Disruptoren, atemwegs- und haut-
127 sensibilisierende und toxische Stoffe, deren chronische Wirkung zu Erkrankungen führt, anhand wis-
128 senschaftlich begründeter und klar definierter Kriterien kontinuierlich in die Kandidatenliste unter
129 REACH eingenommen werden. Die staatliche Begleitforschung zu Nanomaterialien ist verstärkt wei-
130 terzuführen.

131 Wir werden den Schutz von Lebensmitteln vor Umweltkontaminanten weiter verbessern. Wir wer-
132 den gesundheitliche Gefahren, die von Schädlingen auf Menschen, Flora und Fauna ausgehen, auf
133 umweltverträgliche Art und Weise abwehren und den Gesundheitsschutz der Bevölkerung beachten.
134 Wir prüfen, wie der Schutz der Menschen vor nichtionisierender Strahlung, z.B. Ultraschall und Laser,
135 und vor elektromagnetischen Feldern verbessert werden kann.

136 **Bürgerbeteiligung**

137 Die Beteiligung der Öffentlichkeit an umweltpolitisch relevanten Entscheidungsprozessen werden wir
138 stärken, ohne die zügige Umsetzung von Planungsvorhaben zu gefährden. Wir wollen neue Partizipa-
139 tionsformen. Wir entwickeln das Umweltinformationsgesetz und die umweltrechtliche Verbandskla-
140 ge im Einklang mit dem Völker- und Europarecht weiter. [Wir richten eine Dialogplattform Natur-
141 schutz und Energiewende ein.]

142

143

144 **Atom**

145 Wir halten am Ausstieg aus der Kernenergie fest. Spätestens 2022 wird das letzte Kernkraftwerk in
146 Deutschland abgeschaltet. Auch auf europäischer Ebene werden wir weiter für die Energiewende
147 werben.

148 **SPD: Deshalb wird die Koalition auch keine Hermesbürgschaften für den Bau von Kernkraftwerken**
149 **erteilen.**

150 **CDU/CSU: Ablehnung der Forderung.**

151 Die Sicherheit der Kernkraftwerke in Deutschland ist bis zum letzten Betriebstag zu gewährleisten.
152 Deshalb sind weiterhin Investitionen in die Anlagen und fachkundiges Personal bei Betreibern, Be-
153 hörden und Sachverständigen erforderlich. Der Schutz der Kraftwerke und Abfalllager vor Sabotage-
154 und Terrorakten ist auf rechtssicherer Grundlage sicherzustellen.

155 In Europa wollen wir aktiv daran mitwirken, die Sicherheit der Kernkraftwerke zu erhöhen. Wir treten
156 für verbindliche Sicherheitsziele in der EU und ein System wechselseitiger Kontrolle bei fortbeste-
157 hender nationaler Verantwortung für die Sicherheit ein.

158 [Wir erwarten von den Kernkraftwerksbetreibern ihre Mitwirkung an der Energiewende und die
159 Wahrnehmung ihrer Verantwortung für die geordnete Beendigung der Kernenergienutzung. Unser
160 Ziel ist es damit, in Deutschland die Sicherheit des Restbetriebs der Kernkraftwerke und ihrer Entsor-
161 gung auch finanziell zu sichern und sozialverträgliche Lösungen für die Beschäftigten zu finden Zur
162 Sicherstellung der Finanzierung der nuklearen Entsorgung könnte ein öffentlich-rechtlicher Fonds in
163 Betracht kommen.]

164 Wir setzen uns auch auf europäischer Ebene für umfassende Transparenz in allen sicherheitsrelevan-
165 ten Fragen ein.

166 **SPD: Der Bund schafft eine gemeinsame Datenplattform, in der alle nationalen und internationalen**
167 **Daten von Bund und Ländern, die die Sicherheit der Anlagen und ihren Betrieb betreffen, für die**
168 **Atomaufsichtsbehörden zugriffsfähig zur Verfügung stehen.**

169 **CDU/CSU: Ablehnung der Forderung.**

170 Nach unserer Überzeugung ist die Unabhängigkeit der Atomaufsicht in Deutschland gewährleistet
171 und bedarf keiner Änderung der geltenden Regelungen.

172 Deutschland will auf die internationale Sicherheitsdiskussion Einfluss nehmen. Daher brauchen wir
173 auch nach dem Ausstieg geeignete institutionell geförderte Forschungseinrichtungen, unabhängige
174 Sachverständigeninstitutionen und ausreichende behördliche Fachkompetenz zur Beurteilung der
175 Sicherheit von Kernkraftwerken und ihres Rückbaus, des Strahlenschutzes und der nuklearen Entsor-
176 gung.

177 Wir wollen die Endlagerfrage aus Verantwortung für die nachfolgenden Generationen lösen. Deswe-
178 gen werden wir die Errichtung des Endlagers Konrad und die Schließung des Endlagers Morsleben
179 vorantreiben und die Voraussetzungen schaffen, damit die Voraussetzungen für die Rückholung der
180 Abfälle aus der Schachanlage Asse II schaffen.

181 **SPD: Das Asse-Gesetz wird 2015 in Hinblick auf die beabsichtigten Wirkungen evaluiert.**

182 **CDU/CSU: Ablehnung der Forderung.**

183 Die Entsorgungs-Richtlinie (Euratom) und das Standortauswahlgesetz setzen wir zügig um.

184 **CDU/CSU: Die Koalition wird das Bundesamt für kerntechnische Entsorgung nach den Vorgaben der**
185 **EU als neue Aufsichtsbehörde einrichten, die bestehenden Organisationsstrukturen im Endlagerbe-**
186 **reich auf ihre Effizienz überprüfen und auch von der Möglichkeit der Beileihung Gebrauch machen.**

187 **SPD: Ablehnung der Forderung.**

188 **SPD: Ein Rahmenbetriebsplan ist zur Offenhaltung des bisherigen Erkundungsbergwerks „Gorleben“ nicht erforderlich. Daher wird die entsprechende Klage vor dem Verwaltungsgericht Lüneburg**
189 **zurückgenommen.**
190

191 **CDU/CSU: Ablehnung der Forderung.**

192 Das Auswahlverfahren für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle wird nach Abschluss der Kommissionsberatungen unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit eingeleitet.

194 **SPD: Wir gewährleisten, dass die Kosten für den Atommüll und den Rückbau der kerntechnischen Anlagen von den Verursachern getragen wird. Die Kernbrennstoffsteuer wird entfristet und der Steuersatz wird um 30% erhöht.**
195
196

197 **CDU/CSU: Ablehnung der Forderung.**

198 Der radiologische Notfallschutz zur Bewältigung von Katastrophen in kerntechnischen Anlagen wird auf Grundlage der Erfahrungen von Fukushima konzeptionell anpasst.

200 **Klimaschutz**

201 Wir setzen uns für ein ambitioniertes, weltweites Klimaschutzabkommen ein. Unseren Verpflichtungen bei der globalen Umweltschutzfinanzierung werden wir nachkommen [und die Ausgaben für die internationale Klimafinanzierung schrittweise steigern.] Wir werden Klimaschutz und den Ausbau erneuerbarer Energien weltweit durch Kooperationen und Programme mit anderen Staaten, insbesondere Schwellen- und Entwicklungsländern, voranbringen [und die Internationale Klimaschutzinitiative ausbauen.]

207 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU ihre Treibhausgase bis 2020 um mindestens 30 % und bis 2030 um mindestens 40 % vermindert. Im Rahmen des EU-Klima- und Energiepaketes 2030 setzen wir uns für eine Zieltrias aus Treibhausgasminderung, Ausbau der Erneuerbaren Energien und Steigerung der Energieeffizienz ein.

211 Deutschland wird seine Emissionen um 40 % bis 2020 und 80 bis 95 % bis 2050 reduzieren. Insbesondere Kommunen, Handwerk und Mittelstand wollen wir beim Klimaschutz unterstützen [und hierfür die Nationale Klimaschutzinitiative stärken und verlässlich finanzieren.]

214 **SPD: Strukturelle Reform des Emissionshandels.**

215 **SPD: Einführung eines Klimaschutzgesetzes.**

216 **CDU/CSU: Ablehnung der Forderungen.**

217 **Strittig: CO₂-Grenzwerte Pkw.**

218

219

220 **Landwirtschaft**

221

222 Ziel der Koalition ist eine multifunktional ausgerichtete, bäuerlich unternehmerische Landwirtschaft, die ressourcen- und umweltschonend produziert, die Tierwohl, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit miteinander verbindet. Leitbild ist eine von landwirtschaftlichen Familien getragene, regional verankerte, flächendeckende Landwirtschaft unterschiedlicher Strukturen und Produktionsweisen.
225 Sie trägt zur Wertschöpfung, gut bezahlter Arbeit und sicheren Einkommen in den ländlichen Räumen bei.

228 **Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)**

229 Die Koalition nimmt den Beschluss der Agrarministerkonferenz vom 5.11.2013 zur nationalen Umsetzung der GAP zur Kenntnis. [Eine Erhöhung der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küsten-

230

231 schutz (GAK) um jährlich 200 Mio. Euro ist für eine Stärkung der ländlichen Entwicklung zielführend.
232 Sie ist finanziell gesondert zu betrachten.]

233 Mit der nationalen Umsetzung der GAP wollen wir besonders die wirtschaftliche, soziale und ökologi-
234 sche Entwicklung ländlicher Räume fördern und sie für die in ihnen lebenden und arbeitenden Men-
235 schen attraktiv machen. [Die GAK wird zu einer „Gemeinschaftsaufgabe ländliche Entwicklung“ wei-
236 terentwickelt, auch um die Fördermöglichkeiten des ELER umfassend nutzen zu können.] Für eine
237 integrierte Entwicklung ländlicher Räume ist es notwendig, Ressortzuständigkeiten besser zu koordi-
238 nieren. Innerhalb der Bundesregierung wird ein Schwerpunkt für ländliche Räume, Demografie und
239 Daseinsvorsorge gebildet.

240 **Wertschöpfung und Innovation im Agrarbereich**

241 [Die Koalition wird politisch relevante Forschungsaufgaben im Agrarbereich bündeln und die beste-
242 henden Programme besser verzahnen. Insbesondere gilt es, die Forschung in den Bereichen Tier-
243 wohl, nachhaltige Pflanzenschutzverfahren, Eiweißstrategie und klimaschonende Landwirtschaft zu
244 stärken. Die Arbeit der Deutschen Agrarforschungsallianz (DAFA) wird unterstützt und verstetigt. Die
245 Koalition wird dafür sorgen, dass europäische Forschungsförderungsprogramme in Deutschland ziel-
246 gerichteter koordiniert werden.]

247 Die Vermarktung regionaler Produkte wird ausgebaut. Das bundesweit einheitliche „Regionalfenster“
248 zur Kennzeichnung regionaler Produkte wird innerhalb der Legislaturperiode evaluiert. Auf dieser
249 Grundlage werden gegebenenfalls verbindliche Kriterien festgelegt.

250 [Das Bundesprogramm „Ökolandbau und andere nachhaltige Formen der Landwirtschaft“ wird ver-
251 stetigt.]

252 Um die behördliche Überprüfung der agrarwirtschaftlichen Exporte hinsichtlich Einhaltung der inter-
253 nationalen Standards sowie spezieller Anforderungen einzelner Drittstaaten zu verbessern, wird dem
254 Bund eine koordinierende Funktion zugewiesen. [Die Exportkompetenz des BMELV wird gestärkt.]

255 Bis zu einer erfolgreichen Einigung bei den WTO-Verhandlungen setzen wir auf den Abschluss bi- und
256 multilateraler Handelsabkommen. Von zentraler Bedeutung ist dabei die verbindliche Einhaltung der
257 hohen europäischen Standards in den Bereichen Verbraucher-, Tier und Umweltschutz.

258 **Milch**

259 Die Bundesregierung setzt den Kurs der Marktausrichtung fort. Sie setzt weiterhin auf ein wirksames
260 und verlässliches Sicherheitsnetz der EU.

261 **Steuern in der Landwirtschaft**

262 [Die Koalition wird eine Risikoausgleichsrücklage für Betriebe der Landwirtschaft und des Gartenbaus
263 einführen. Diese wird so ausgestaltet, dass es nicht zu einer Vernichtung von Steuersubstrat kommt.]

264 **CDU/CSU: Aus Gründen der Wettbewerbsgleichheit werden wir die Förderung des Agrardiesels in**
265 **der jetzigen Form beibehalten und streben eine einheitliche europäische Regelung über die Ener-**
266 **giesteuerrichtlinie an.**

267 **SPD: Die Agrardieselbeihilfe wird nicht weitergeführt und die freiwerdenden Mittel werden u.a. für**
268 **eine Strategie zum verstärkten Einsatz reiner Pflanzenöle in der Land- und Forstwirtschaft einge-**
269 **setzt.**

270 **Außerlandwirtschaftliche Kapitalinvestoren und Flächenprivatisierung**

271 Die Koalition wird die rechtlichen Instrumentarien der Kontrolle des unmittelbaren und mittelbaren
272 Erwerbs landwirtschaftlicher Flächen durch nicht-landwirtschaftliche und überregionale Investoren
273 prüfen.

274 [Die laufenden Verhandlungen zwischen Bund und Ländern sind zügig zu einem Ergebnis zu führen,
275 mit dem Ziel den interessierten Ländern die noch in der Hoheit des Bundes verbliebenen Treuhand-

276 flächen unverzüglich zu übertragen. Die Länder haben damit die Möglichkeit, ein Existenzgründungs-
277 programm unter anderem für Junglandwirte zu etablieren.

278 Die Übertragungsbedingungen sind so zu gestalten, dass sie den spezifischen agrarstrukturellen,
279 umweltpolitischen sowie verfassungs- und haushaltsrechtlichen Bedingungen gerecht werden.

280 **SPD: Bei der Übertragung werden die Bodenpreisrichtwerte in den Landkreisen als Grundlage be-**
281 **rücksichtigt.**

282 **CDU/CSU: Ablehnung der Forderung.]**

283 **Agrarsoziale Sicherung**

284 Die Koalition wird die Reform der Agrarsozialversicherung zügig fortsetzen. Dabei wird die Hofabga-
285 beklausel neu gestaltet.

286 **Tierschutz und Tiergesundheit**

287 Die Koalition nimmt die kritische Diskussion zur Tierhaltung in der Gesellschaft auf und entwickelt
288 eine nationale Tierwohl-Offensive. Die Bundesregierung wird die relevanten Rechtsbereiche – das
289 Tiergesundheitsgesetz und das Tierarzneimittelrecht – sinnvoll in einem einheitlichen Rechtsrahmen
290 zusammenführen. Die gesetzlichen Regeln zur Verringerung des Antibiotika-Einsatzes werden unbü-
291 rokratisch und praxisnah umgesetzt. Wir werden die Sachkunde der Tierhalter fördern. Gleichzeitig
292 erarbeiten wir ein bundeseinheitliches Prüf- und Zulassungsverfahren für Tierhaltungssysteme. Ziel
293 ist es außerdem, EU-weit einheitliche und höhere Tierschutzstandards durchzusetzen.

294 Die Bundesregierung strebt eine flächengebundene Nutztierhaltung an. Ziel ist es, eine tiergerechte
295 Haltung in Deutschland zu fördern. Die Koalition wird überdies einen wissenschaftlichen Diskurs über
296 Größen tiergerechter Haltung von Nutztieren auf den Weg bringen.

297 Die Koalition wird gemeinsam mit den Ländern und den Kommunen die Initiative ergreifen, um das
298 Problem überfüllter Tierheime anzugehen.

299 [Die Erforschung von Ersatzmethoden zum Tierversuch wird intensiviert und dafür die personelle und
300 finanzielle Ausstattung der ZEBET gestärkt.]

301 **SPD: Die Koalition wird ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände einführen.**

302 **CDU/CSU: Ablehnung der Forderung.**

303 **Ethik und Landwirtschaft**

304 Die Koalition tritt auf europäischer Ebene für ein Verbot des Klonens von Tieren und des Imports von
305 geklonten Tieren und Fleisch von diesen ein. Sie strebt eine Kennzeichnungspflicht für Nachkommen
306 von geklonten Tieren und Fleisch von diesen an.

307 Die Koalition setzt sich dafür ein, dass das bestehende Patentierungsverbot auf konventionelle Züch-
308 tungsverfahren, daraus gewonnene Tiere und Pflanzen sowie auf deren Produkte und auf das zu ih-
309 rer Erzeugung bestimmte Material durchgesetzt wird und die einschlägigen europäischen Vorschrif-
310 ten präzisiert werden.

311 **Grüne Gentechnik**

312 Die Koalitionspartner erkennen die Vorbehalte des Großteils der Bevölkerung gegenüber der grünen
313 Gentechnik an.

314 **Strittig: Wir lehnen dementsprechend den Anbau, die Freisetzung und die Zulassung gentechnisch**
315 **veränderter Sorten in Deutschland und Europa im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten ab. Über**
316 **eine gegebenenfalls auf EU-Ebene ermöglichte opt-out-Klausel wird gesondert entschieden.**

317 Damit die Menschen wirklich die Wahl haben, treten wir für eine EU-Kennzeichnungspflicht für Pro-
318 dukte von Tieren, die mit genveränderten Pflanzen gefüttert wurden, ein. An der Nulltoleranz gegen-

319 über nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Bestandteilen in Lebensmitteln hält die Koalition
320 fest – ebenso wie an der Saatgutreinheit.

321 **Fischerei**

322 Die Koalition will die traditionelle, arbeitsintensive, Kleine Küstenfischerei unterstützen und die Bin-
323 nenfischerei stärken. Die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik wird in Deutschland im Sinne der
324 Ressourcenschonung und des Erhalts der Wettbewerbsfähigkeit der Fischerei umgesetzt. Besonderen
325 Wert legt die Bundesregierung auf den Schutz der Meeresböden und Bestände sowie die Weiterent-
326 wicklung der Fangtechnik und Fangmethoden mit dem Ziel der Beifangminderung.

327 Die Bundesregierung wird sich weiterhin für ein konsequentes Verbot des Walfangs sowie ein Han-
328 delsverbot mit Walfleisch einsetzen.

329 **Flächenschutz**

330 Wir wollen den Verlust landwirtschaftlicher Nutzflächen weitestgehend vermeiden. Die Koalition
331 strebt deshalb den unverzüglichen Erlass einer Bundeskompensationsverordnung an. Im Rahmen des
332 für die Energiewende notwendigen Netzausbaus streben wir faire Entschädigungen für Grundstücks-
333 eigentümer und -nutzer an. Auch bei anderen Maßnahmen müssen agrarstrukturelle Belange ange-
334 messen berücksichtigt werden.

335 Die Koalition wird ein Gesamtkonzept für Anbau, Verarbeitung und Nutzung von Biomasse unter
336 bioökonomischen Gesichtspunkten entwickeln. Dabei soll deren Einsatz einen sinnvollen Beitrag zum
337 CO₂-Minderungsziel leisten und Nutzungskonkurrenzen mit dem Arten- und Naturschutz entschärft
338 werden.

339 **Umwelt**

340 Die Koalition wird das Düngegesetz und die Düngeverordnung novellieren.

341 Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist auf das notwendige Maß zu reduzieren, um Risiken für
342 Mensch, Tier und Naturhaushalt abzuwehren. Die Koalition wird den Nationalen Aktionsplan Pflan-
343 zenschutz entschlossen umsetzen.

344 Zum Erhalt und Ausbau der Bienenhaltung in Deutschland sind gemeinsame Bund-Länder-
345 Anstrengungen notwendig. Die Koalition wird das Deutsche Bienenmonitoring mit dem mehrjährigen
346 Untersuchungsprogramm weiterführen.

347 Die Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe (FNR) wird um das Themenspektrum Nachhaltigkeit
348 erweitert.

349 **Pflanzenzucht**

350 [Deutschland braucht eine leistungsfähige mittelständische Pflanzenzüchtung. Die Koalition wird
351 deshalb Innovation und Forschung im vorwettbewerblichen Bereich fördern.]

352 Im Rahmen der Neuordnung des europäischen Saatgutrechts treten wir dafür ein, dass die Saatgut-
353 vielfalt garantiert wird, die Interessen des nicht kommerziellen Bereichs gewahrt werden und der
354 Zugang zu alten und regionalen Sorten nicht beschränkt wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass
355 es im Rahmen des Nachbaus keine weiteren Einschränkungen für Landwirte gibt.

356 **Gartenbau und Weinbau**

357 [Die Koalition unterstützt den Gartenbau bei einer ressourcenschonenden und energieeffizienten
358 Wirtschaftsweise.]

359 Um die Position der deutschen Winzer zu stärken, setzen wir uns auf EU-Ebene für den Schutz tradi-
360 tioneller Begriffe ein. Die Förderung des Steillagenbaus soll über die Fortführung des nationalen Stüt-
361 zungsprogramms für den Weinsektor fortgesetzt werden.

362

363 **Wald**

364 Die Bundesregierung wird die Umsetzung der Waldstrategie 2020 mit Nachdruck vorantreiben und
365 dabei verstärkt auf die Schutzziele der Biodiversitätsstrategie setzen. Länderspezifische Konzepte zur
366 Zielerreichung bleiben davon unberührt. Der Klein- und Kleinstprivatwald wird mit geeigneten Mit-
367 teln in die Entwicklung einbezogen.

368 [Der Waldklimafonds wird dauerhaft und angemessen finanziell ausgestattet.]

369 **Welternährung**

370 Für die Koalition ist das internationale Engagement für die Sicherung der Welternährung und für das
371 Recht auf Nahrung von zentraler Bedeutung. Deshalb wird sie als verlässlicher Partner in internatio-
372 nalen Organisationen fachlich mitwirken. [Insbesondere wird die Zusammenarbeit des BMELV mit
373 der FAO weiter vertieft. Diesen Zielen dienen auch die Kooperationsprojekte des BMELV.]